

DDR-Heimkinder warten zu lange

Etwa 1.900 Betroffene stehen derzeit in der sächsischen Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heimkinder auf der Warteliste. Für sie wird die Zeit für Zuwendungen aus dem Hilfsfonds langsam knapp.

29.04.2014



(Symbolbild)

©dpa

Dresden.

Rund 1.900 ehemalige DDR-Heimkinder warten derzeit in Sachsen auf ein Beratungsgespräch. Das geht aus einer Antwort des Sozialministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion hervor. Die Wartezeiten seien zu lang, kritisierten die Grünen. Betroffene bräuchten schnell und unbürokratische Hilfe, etwa für Therapien. „Da Ansprüche auf Leistungen nur noch bis 30. September 2014 gestellt werden können, muss das Beratungsangebot dringend erweitert werden“, forderte die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Elke Herrmann, am Montag.

Es müsse auch geprüft werden, ob neue Außenstellen, etwa in Dresden oder Chemnitz, eröffnet werden könnten. Die Nachfrage habe sich in einem Tempo entwickelt, das nicht vorauszusehen gewesen sei. Bisher kümmert sich eine Anlauf- und Beratungsstelle in

Leipzig um Betroffene - finanziert aus dem Hilfsfonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“. Weil der Fonds ausgeschöpft ist, haben sich Bund und die ostdeutschen Länder im Februar geeinigt, den Hilfsfonds auf rund 200 Millionen Euro aufzustocken. Bisher waren es 40 Millionen Euro.

Entschädigung für fragwürdige Erziehungsmethoden

Der Fonds soll Ex-Heimkinder entschädigen, die zu DDR-Zeiten unter fragwürdigen Erziehungsmethoden und harten Strafen litten. Betroffene können unter anderem Geld für Therapien, Kuren sowie Rentenersatzleistungen beantragen.

„Wir wollen, dass so viele Anträge wie möglich bearbeitet werden können“, sagte ein Sprecher des Sozialministeriums. Deshalb werde die Beratungsstelle befristet bis 2016 personell aufgestockt. Zu den derzeit 2,5 Stellen und einer Bürokräft kommen noch einmal zwei Fachkräfte und eine halbe Bürokräft hinzu, hieß es.

Die CDU-Fraktion im Landtag rät Betroffenen, ihre Ansprüche bis zum Ablauf der Frist auf jeden Fall geltend zu machen - formlos und in schriftlicher Form. Ein schneller Beratungstermin wäre zwar wünschenswert, sei aber für die Antragstellung nicht unbedingt erforderlich, so ein Sprecher.

Seit ihrer Gründung im Juli 2012 hat die sächsische Beratungsstelle für DDR-Heimkinder in Leipzig laut Ministerium rund 2.300 Beratungsgespräche geführt. Insgesamt haben sich bisher mehr als 3000 Betroffene gemeldet. (dpa)